



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/227 - 30.9.1953

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Schwerer Verlust für die freie Welt	S. 1
Ernst Reuter - der Mensch und Politiker	S. 3
Die Mahnung eines grossen Toten	S. 6
Die Saar - kein Handelsobjekt	S. 9

Letzter Gruss an Ernst Reuter

Von Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin, ist tot. Es ist schwer, diese Nachricht zu fassen. Vor wenigen Tagen wurde er noch in Hamburg einstimmig zum Präsidenten des Deutschen Städtetages wiedergewählt, und jeder wusste, diese Wahl galt sowohl der Stadt wie dem Menschen. Wieder einige Tage zuvor nahm er an der grossen Konferenz der Sozialdemokratie in Bonn teil, die sich mit dem Wahlausgang des 6. September beschäftigte. Er griff in die Debatte ein und seine Rede war geladen mit der Energie eines Menschen, der - seiner Sache verschworen - nach Mitteln und Wegen sucht, um am Tage nach der Schlacht den Sieg von morgen vorzubereiten. Er fühlte sich nicht am Ende seines arbeits- und sorgenreichen Lebens, er stand mitten drin mit dem festen Willen, auch die Zukunft zu meistern, was immer sie bringen möge.

Das alles ist nun vorbei. Ernst Reuter ist tot. Es ist schwer, sich Berlin ohne ihn vorzustellen. Unsere Hauptstadt, das um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfende Berlin, der Brückenkopf inmitten der Zone des Terrors und der Unterdrückung, das Bollwerk der Freiheit gegenüber der Welt des Totalitarismus, diese Stadt hat ihren Kopf, ihren ersten Repräsentanten verloren.

Wie vielen seiner Berliner wurden bei der Nachricht von seinem Tode die Tränen in die Augen geschossen sein und wievielen Menschen in der Sowjetzone Deutschlands mag das Herz gestockt haben.

Aber Ernst Reuter gehörte nicht nur Berlin. Er war eine der markantesten Persönlichkeiten des neuen Deutschland, er war vor allem ein leidenschaftlicher Verkämpfer der Wiedervereinigung Deutschlands. Gerade in diesen Tagen und aus diesem Anlass muss daran erinnert werden, wie sehr er die sozialdemokratische These von dem Vorrang der Wiedervereinigung Deutschlands vor der Eingliederung der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft mit Leidenschaft und Überzeugung vertreten hat und wie sehr er vor allem das Problem der wirtschaftlichen Gesundung Berlins als einen wesentlichen Bestandteil der Politik der Wiedervereinigung Deutschlands und nicht als eine caritative Aufgabe des Westens gegenüber dem bedrängten Berlin angesehen hat.

Ernst Reuter hatte das Ohr der freien Welt. Er liebte Berlin und er liebte die Berliner. Sein glücklichster Augenblick nach seiner Rückkehr aus dem Ausland nach Berlin im Jahre 1947 war, als ihn Arbeiter und Angestellte der Berliner Verkehrsbetriebe als alten Freund begrüßten; die ihn aus der Zeit seiner Tätigkeit als Verkehrsdezernent der Stadt Berlin in der Weimarer Republik wiedererkannten. Das waren seine Berliner. Aber er kannte auch die Welt, er wusste um die Mauer von Hass und Misstrauen, die das Hitlerregime durch seine Verbrechen um das deutsche Volk gelegt hatte, und er ging hinaus, um im Namen des um seine Freiheit so tapfer kämpfenden Berlins für Vertrauen in das andere, das neue, das freiheitliche und friedliche Deutschland zu werben. Mit Erfolg. Seine letzte Amerikareise in diesem Jahr machte einen aussergewöhnlichen Eindruck auf die amerikanische Öffentlichkeit, vielleicht auch deshalb, weil Ernst Reuter gewohnt war, als freier Mann, als der erste Vertrauensmann der freien Bürger seiner Stadt Freund und Gegner offen seine Meinung zu sagen. Man wusste, woran man mit ihm war.

Ernst Reuter war Sozialdemokrat. Er war es mit Leidenschaft und aus dem tiefsten Grunde seiner Überzeugung. Es war eine schwer erkämpfte Überzeugung. In seiner frühen Jugend kam er zur Sozialdemo-

kratie, weil er als Denkender bei den Leidenden sein wollte, um ein Wort von Kurt Schumacher zu variieren. Als junger Mensch durchlebte und durchlitt er den qualvollen Weg der Spaltung der Arbeiterbewegung, um wieder zur Sozialdemokratie zurückzukehren als ein Wissender. Er wusste, dass es eine sozialistische Ordnung der Gesellschaft niemals geben wird ohne Recht und Gerechtigkeit, ohne Respekt vor der Freiheit und der menschlichen Würde jedes einzelnen Individuums. Es liegt im Wesen jeder politischen Partei, dass sie um die Macht kämpft, um ihre Ziele durchsetzen zu können, aber die Macht darf niemals Selbstzweck und der Mensch niemals Objekt der Politik werden. Darum war Ernst Reuter Sozialdemokrat mit jeder Faser seines Herzens.

Die Sozialdemokratische Partei hat mit dem Tod von Ernst Reuter einen neuen schweren und kaum ersetzbaren Verlust erlitten. Vor wenigen Wochen haben wir des ersten Todestags unseres Kurt Schumacher gedacht. Am Beginn des Wahlkampfes verloren wir Erik Nölting. Und nun klafft wieder eine grosse Lücke in den Reihen des Vorstandes unserer Partei. Ernst Reuter war eine der am stärksten profilierten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit. Gerade in den kommenden Jahren hätte Ernst Reuter als einer der führenden Repräsentanten eine wichtige Rolle in der Partei zu spielen gehabt. Nun haben wir wieder einen unserer Besten, einen guten Kameraden und einen Freund verloren. Unser Dank an ihn ist unser Gelöbnis, in seinem Sinne weiter zu wirken.

+ + +

Landesvater, Lehrer, Mahner und guter Freund

Von Willy Brandt, MdB

Nicht allein das deutsche Volk, die ganze freie Welt und Millionen hinter dem Eisernen Vorhang trauern um Ernst Reuter. Nirgends wird der Verlust jedoch schmerzlicher empfunden als in jenem Berlin, dessen Freiheitskampf er entscheidend beeinflusst und geführt hat. Seinen Berlinern war Reuter mehr als der "O.B." oder der "Regierende", den man ihn nannte, seitdem die Stadt den Status eines deutschen Landes erhalten hatte. Er war ihnen Landesvater, Lehrer, Mahner und guter Freund zugleich. Reuter war volkstümlich im besten Sinne des Wortes. Die Berliner hingen an ihm. Sie wussten, woran sie bei ihm waren; er wusste, wo ihnen der Schuh drückte. Hätte es in Berlin eine

Volkswahl des Bürgermeisters gegeben, Reuter wäre mit turmhoher Mehrheit durchs Ziel gegangen.

Ende 1946, als er endlich heimkehren konnte aus dem Exil, war er seinen Parteifreunden und den politisch Interessierten kein unbeschriebenes Blatt. Seinen neuen und grossen Namen schuf er sich in den folgenden Monaten als der demokratisch gewählte, aber wegen des Sowjet-Vetos nicht anerkannte Oberbürgermeister von Berlin.

Als Stadtrat oblag es ihm, die öffentlichen Verkehrsmittel wieder aufzubauen. Während eines recht in die Ferne schweifenden Europegesprächs konnte er von einem halben Dutzend renovierter Strassenbahnwagen erzählen und trocken bemerken: das sei vorläufig *se i n* Beitrag zu einer besseren Welt. Was er tat, tat er ganz.

Aber in eben jenen Tagen wurde er auch zur motorischen Kraft des Ringens um Freiheit und Menschenwürde in diesem Berlin, der isolierten und schwer mitgenommenen deutschen Hauptstadt. Der in seinem ganzen Wesen freundliche und friedfertige Mann schleuderte der Sklaverei ein leidenschaftliches Nein entgegen.

Reuter beherrschte die seltene Kunst, schwierige Dinge auf einen einfachen Nenner zu bringen - ohne sie zu verflachen. Seine Worte waren einfach, eindringlich, menschlich. Zu Universitätsprofessoren konnte er ebenso sprechen wie zu den Arbeitern. Auf den von Hunderttausenden besuchten Kundgebungen, vor den Abgeordneten, auf Tagungen und über den Rundfunk appellierte er immer wieder an das Gute im Menschen. Er zeigte positive Lösungen auf und zeichnete den Weg in eine bessere Zukunft vor. Selbst verzweifelte er nie am Sieg der Freiheit; deshalb vermochte er auch anderen Hoffnung einzufliessen. Man hat ihn gelegentlich einen überschwänglichen Optimisten genannt. Was wäre wohl aus Berlin geworden ohne unbeugsamen Willen und ohne den Glauben, der Berge zu versetzen mag!

Worte von geschichtlicher Bedeutung

Es war an einem Tage zu Beginn der Blockade, im Juni 1948, als Reuter den Amerikanern sagte, er zweifle an den Möglichkeiten der Versorgung durch die Luft. Eines möge man jedoch zur Kenntnis nehmen: Die Berliner Bevölkerung habe ihren Weg unabhängig von den Entschlüssen der Alliierten gewählt. Sie werde sich gegen die neue Diktatur wehren, solange sie dazu nur irgend in der Lage sei. Diese einfachen Worte eines europäischen Politikers, der von den Amerikanern nichts

erbat, sondern ihnen eine Mitteilung machte, hat geschichtliche Bedeutung erlangt.

Der Berliner Bürgermeister war ein Mann des Ausgleichs. Unter seiner Führung hielt die deutsche Kraft der Stadt trotz vieler Meinungsverschiedenheiten zusammen. Aber er war kein Freund von Wankelmüt und politischer Verschwoommenheit. Er war vornehm und versöhnlich, aber er verstand auch scharf zu formulieren und mit der Faust auf den Tisch zu hauen. Geistige Enge und kleinliches Gezänk waren ihm zuwider. Feind und Freund hat er gleichermaßen seine Meinung gesagt. Davon konnten die Vertreter der Westmächte ein Lied singen, die er von Anfang an als Bundesgenossen betrachtete und denen gegenüber er sich dennoch oder gerade deshalb nichts vergeben hat. Manches hätte heute schon anders aussehen können in Berlin und vielleicht auch für die 18 Millionen in der Sowjetzone, wenn seinem Rat noch mehr Beachtung geschenkt worden wäre.

Ernst Reuter sprach für ganz Berlin. Er genoss das Vertrauen gerade auch der Mitbürger aus dem Ostsektor und der Flüchtlinge aus der Zone. Keiner verstand wie er, das Unrecht zu geißeln und der gemeinsamen Sehnsucht nach einer hellen Zukunft Ausdruck zu verleihen. Dabei blieb er mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen, die es seiner Meinung nach erst zu erkennen und dann zu meistern galt. Seine tägliche Sorge galt den vielen Einzelheiten der kommunalen Verwaltung. Wenige vermögen zu ermessen, was es hiess, die Administration einer sektorengespaltene Millionenstadt neu aufzubauen. Immer wieder - und gerade in den letzten Tagen noch - rang Reuter mit dem Problem der Berliner Arbeitslosigkeit. Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist der Neuaufbau seiner Stadt ein gutes Stück vorangekommen.

Unvollständig und geradezu falsch bliebe jedoch ein Bild, das Ernst Reuter nur als Politiker und Verwaltungsmann zeichnete. Die Wesenszüge des sorgenden und geliebten Familienvaters, eines innerlich selten reichen Menschen, einer wissenschaftlichen und

musischen Natur, würden dabei ausfallen. Zu seinem Leben gehörten die gute Zigarre und das gute Buch, die Natur und ihre Blumen. Zu ihm gehörten die alten Griechen und klassische Musik ebenso wie Goethe und die moderne Literatur. Die Errichtung der Freien Universität ist weitgehend sein Werk. Einer seiner vielen unerfüllt gebliebenen Wünsche war der Wiederaufbau der Philharmonie. Er bemühte sich fortgesetzt um den lebendigen Kontakt mit dem, was junge Menschen dachten, in unserem Land und ausserhalb unserer Grenzen.

Ist es nach alledem zu viel gesagt, dass Reuter in Berlin unersetzlich sei. Wir können ihn nicht ersetzen, wir können uns nur bemühen, in seinem Geist weiter zu arbeiten.

+ + +

Deutschlands Einheit - Berlins Aufgabe

Anfang September sprach Ernst Reuter im überfüllten Sportpalast zu seinen Berlinern. Diese Rede wurde zu einer Abrechnung mit allem Kleinmut in der deutschen Politik. Zugleich aber gab Ernst Reuter seiner Überzeugung Ausdruck, dass Deutschlands Schicksal zum Guten gewendet werden kann, wenn alle Kräfte auf die grosse nationalpolitische Aufgabe der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit gerichtet werden.

Im folgenden ein Auszug:

Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit ihre Augen weniger nach dem Osten und mehr nach dem Westen, genauer gesagt in oft sehr materialistischer Selbstgenügsamkeit nur auf sich selbst gerichtet. Es war schon immer so, dass diejenigen, die ausziehen, um den Materialismus zu bekämpfen, selbst die grössten Materialisten sind. Wir haben alle noch in Erinnerung, welche mühsame Arbeit es gewesen ist, die Bundesrepublik dahin zu bringen, Berlin finanziell und wirtschaftlich als gleichberechtigtes Glied zu behandeln. Die Wiederherstellung des Ansehens der Deutschen in der Welt hat in Berlin begonnen.

Wenn man jetzt in polemischen Bemerkungen sagt, es sei keineswegs nur die Marshallhilfe gewesen, die Deutschland hochgebracht

hat, so können wir nur hoffen, dass erstens diese Hilfe des amerikanischen Volkes nicht vergessen wird, dass aber zweitens nicht vergessen wird, dass es der Arbeitswille und die Arbeitsfähigkeit des schaffenden Menschen in Deutschland gewesen sind, die zum Wiederaufbau Deutschlands geführt haben. Wenn den deutschen Gewerkschaften und ihren Führern nur deswegen, weil sie den Bundeskanzler beim Wort genommen haben und die Wähler auffordern, einen besseren Bundestag zu wählen, kommunistische Tendenzen vorgeworfen werden, können wir denen, die das für richtig halten, nur sagen: Ohne die deutschen Arbeiter würdet ihr nicht da stehen können, wo ihr steht.

Jahrelang hat die Aussenpolitik Deutschlands sich in einer angeblichen Realpolitik auf die Aufgabe konzentriert, Papierpläne für kommende Divisionen auszuarbeiten. Die eigentliche politische Arbeit an der Stärkung Berlins, an der Hilfe für die Zonengrenzen, mit dem Ziel, eine überzeugende Antwort nach dem Osten zu geben, ist immer wieder bei allem Lippendienst in der Sache zweitrangig behandelt worden. Immer noch haben wir in Berlin 225 000 Arbeitslose. Von diesen Arbeitslosen sind fast 100 000 seit der Blockade ohne Arbeit. In unserer Stadt gesellt sich aber zu der Not der Erwerbslosen die nicht minder grosse Not der Rentner, die an keinem Platze Deutschlands so konzentriert zusammenleben und so wenige Möglichkeiten der zusätzlichen Verbesserung ihres Lebens durch Hilfe von anderer Seite haben.

Auf den Vorwurf Adenauers eingehend, die SPD habe kein aussenpolitisches Programm, sagte Reuter: Denjenigen gegenüber, die den Block der Sowjetunion und seinen Druck als etwas Statisches, Unabänderliches und Unerschütterbares angesehen haben und die aus dieser ihrer im Grunde genommen defeatistischen Einstellung heraus sich in die Zukunft und geographisch in den Westen geflüchtet haben, können wir heute feststellen, dass unsere Überzeugung richtig gewesen ist, wonach es niemals ein gleichbleibendes Kräfteverhältnis geben wird, wenn wir Deutschen mit äusserster Anstrengung unsere Möglichkeiten auf unsere Ziele konzentrieren.

"Wir haben Vertrauen zu uns selbst"

Es zeugt von einer vollständigen Verkennung der Realitäten des deutschen Lebens und der geistigen Struktur unseres Volkes, wenn

man das Schrockgespenst eines wehrlosen Deutschland an die Wand malt. So wenig Österreich eine Beute der Sowjets geworden ist, so wenig wird Deutschland eine Beute der Sowjets werden. Und wenn die deutschen Arbeiter am allermeisten gegen die kommunistische Gefahr immun sind, so ist das nicht zum wenigsten ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften. Wir haben Zutrauen zu uns selbst. Wir sind überzeugt, dass die Behauptung Berlins und in seiner Konsequenz die Ereignisse des 17. Juni und all der Dinge, die wir noch erleben werden, eine grössere Garantie für die innere Gesundheit und für die politische und moralische Stärke Deutschlands sind, als nur Divisionen. Wir glauben, dass der deutsche Beitrag zur Verteidigung der freien Welt und zur Befreiung unserer uns genommenen Gebiete in diesem Augenblick zunächst in etwas anderem bestehen muss, und was wir unter diesem anderen verstehen, das haben die Ereignisse dieses Jahres plastisch auch den Ungläubigen vor Augen geführt.

Zu der Theorie Adenauers, die SPD müsse in der Opposition bleiben, meinte Reuter: In den vergangenen 50 Jahren ist es immer der Wunschtraum aller deutschen Reaktionäre gewesen, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ohnmächtig zu machen. Man stelle sich demgegenüber einmal ein Land wie Amerika vor. Welcher Präsident der USA würde auch nur auf die Idee kommen, geschweige denn wagen, den Gewerkschaften gegenüber eine Sprache zu führen, wie sie mindestens im jetzigen Wahlkampf, gelegentlich aber auch schon schon in Deutschland üblich geworden ist. In den USA weiss man, dass ein Erfolg der SPD nicht eine Schwächung der Demokratie bedeuten würde, sondern eine Stärkung. Über die Geisteshaltung gewisser Industrieller in Deutschland hat mal jemand gesagt: "Sie haben vor den Sozialdemokraten Angst, mit den Sowjets möchten sie Geschäft machen."

Wir Sozialdemokraten, sagte Reuter abschliessend, werden alles in unserer Kraft liegende tun, den Menschen in der sowjetischen Zone zu helfen. Wir werden aber dabei gewiss nicht die Not in Berlin vergessen. Die Einheit Deutschlands und seine Freiheit ist und bleibt das unverrückbare Ziel auch der Berliner SPD.

Zur Preisgabe nicht legitimiert

Wir lesen in der "Freien Saarpresse", dem Organ der unterdrückten deutschen sozialdemokratischen Opposition an der Saar:

Der Ausgang der Landtagswahlen am 6. September hat - ohne sichtbaren Anlass - die Saarfrage wieder in den Vordergrund des Interesses treten lassen. Das Wahlergebnis gab den Separatisten in Saarbrücken und auch einigen Leuten in Frankreich Gelegenheit, sich in Spekulationen über die künftige Entwicklung in der Saarfrage zu ergehen. Man glaubte in diesen Kreisen, dass durch den Wahlsieg der CDU eine Möglichkeit gegeben sei, den französischen Wünschen in Hinblick auf die Zukunft des Saargebiets Rechnung zu tragen und die sogenannte Europäisierung nach französischem Plan durchzuführen. Diejenigen, die durch ihre Politik alles tun, um den europäischen Gedanken zu diskreditieren, jubelten über den Erfolg, den angeblich der Gedanke der kleineuropäischen Integration davongetragen hat. Sie taten so, als sei nun der Weg frei, um die Saar auf dem Altar Europas zu opfern und das Hoffmann'sche Reich so fest zu verankern, dass es für die nächsten Jahrzehnte Bestand hat. Selbstverständlich fehlte es nicht an Seitenhieben auf die unverbesserlichen Nationalisten an der Saar, die nun eine entscheidende Niederlage erlitten hätten. Man glaubte, der Bundeskanzler habe nun die Hände frei, um Frankreich Zugeständnisse zu machen, weil die "böse Opposition" ihm keine Schwierigkeiten mehr machen könne.

Wie immer die Dinge sich in der nächsten Zeit entwickeln werden, eines ist unmöglich: Die Bundesregierung kann keiner endgültigen Lösung der Saarfrage zustimmen, denn dazu haben ihr die Wähler am 6. September keine Legitimation gegeben. Und sie kann nach unserer Auffassung das Geschick des Saargebietes und seiner Bevölkerung nicht ausschliesslich von dem Votum eines freigewählten Landtages abhängig machen. Denn wie wäre es möglich, dass der Landtag eines anderen deutschen Landes eine solche endgültige Entscheidung treffen könnte?

Schliesslich muss gesagt werden, dass der Beschluss des deutschen Bundestages zur Saarfrage heute noch gültig ist und der neuen Bundesregierung als Richtlinie dient. Darin wurde festgestellt, dass die Saar deutsches Staatsgebiet ist und dass alle künftigen Verhandlungen zum Ziele haben müssen, die demokratischen Freiheiten an der Saar herzustellen. Ein solcher Beschluss kann auch von einer absoluten Mehrheit nicht missachtet werden, denn wie wollte man sich sonst gegen den Angriff zur Wehr setzen, dass man vor der Welt nur aus taktischen Erwägungen zugestimmt hat?

Wir sind der Auffassung, dass die neue Bundesregierung keinen Grund hat, die französischen Wünsche und die des Satellitenregimes in Saarbrücken zu erfüllen, und wir meinen schliesslich, dass auch im neuen Bundestag sehr viele da sein werden, die jeden Schritt in der Saarfrage überwachen. Denn die SPD dürfte keinen Grund sehen, ihre Haltung in der Saarfrage, die ihr im Saargebiet viel Vertrauen und viel Achtung eingebracht hat, zu revidieren.

+ + +
Er zählt sich's an den Knöpfen ab

1.H. Die in Estland erscheinende kommunistische Zeitung "Rahva Haal" berichtet von der Verhaftung eines estnischen Geschäftsmannes, der Schallplatten mit Aufnahmen Stalin'scher Reden eingeschmolzen hatte, um daraus Knöpfe herzustellen. Das Blatt beschreibt, wie der Kurzwarenhändler Arnold Mendes wegen einer zu starken Nachfrage nach Knöpfen in seinem Geschäft in Jõhvi, Estland, den Entschluss fasste, selbst Knöpfe zu produzieren. Er hatte erfahren, dass "politische Schallplatten" in der Sowjetunion billig seien und fuhr nach Leningrad, um dort einen grossen Vorrat von Platten mit Stalins Reden einzukaufen. Nach Jõhvi zurückgekehrt, schmolz er sie ein und presste Knöpfe daraus!

Wenn diese neue Verwendungsmöglichkeit von Schallplatten-Ansprachen Schule macht und man die auf diese Art gewonnenen Knöpfe einer symbolischen Verwendung zuführen würde, dann würde dies vielleicht so aussehen:

Aus Ulbrichts Reden könnte man Knöpfe für Zwangsarbeitsjacken produzieren.

Die auf Platten festgehaltenen Sonntagsreden eines Bundesministers a.D. würden sich zur Verarbeitung von Braunhemdenknöpfen eignen, während die gewerkschaftsfeindlichen rednerischen Exzesse eines seiner Ministerkollegen a.D., der über eine gute demokratische Vergangenheit verfügt, leicht verdrehte Knöpfe für das T.H.W. ergeben würden.

Wenn die Ansprachen einzelner "Führer" das gegenwärtige niedere Niveau beibehalten, dann ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass sich die verschiedenen Knopfarten grösserer Beliebtheit als die Plattenansprachen erfreuen werden und es ist anzunehmen, dass der Verband der Knopferzeuger die bürgerliche Regierungsmehrheit unterstützen wird, da er mit deren indirekter Hilfe weiter mit billigem Rohmaterial beliefert wird.